

### Die USA zwischen Indien und Pakistan: Der Versuch der gleichzeitigen Einbindung der verfeindeten Brüder

Kreft, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreft, H. (2003). Die USA zwischen Indien und Pakistan: Der Versuch der gleichzeitigen Einbindung der verfeindeten Brüder. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 239-257. <https://doi.org/10.11588/ijb.2003.0.1318>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

**gesis**  
Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der  
**Leibniz**  
Leibniz-Gemeinschaft

# Die USA zwischen Indien und Pakistan: Der Versuch der gleichzeitigen Einbindung der verfeindeten Brüder

Heinrich Kreft<sup>1</sup>

Südasiens ist traditionell von großer geopolitischer Bedeutung für die USA. Dies war während des Kalten Krieges der Fall und seit dem Aufstieg Chinas und vor allem seit Beginn des „Grauen Krieges“<sup>2</sup> gegen den internationalen Terrorismus ist die Bedeutung Südasiens aus Sicht Washingtons noch größer geworden. Die USA haben eine ganze Reihe konkreter Interessen in Südasiens:

- die Verhinderung eines destabilisierenden und daher gefährlichen nuklearen Rüstungswettlaufs sowie vor allem die Verhinderung eines erneuten indisch-pakistanischen Krieges, mit der Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen,
- die Erhaltung der Integrität und Stabilität Pakistans sowie die Verhinderung, des Übergangs militärstrategischen Potenzials in die Hände von Terroristen oder „rogue-states“,
- das Zurückdrängen terroristischer Aktivitäten in Afghanistan, Pakistan und im indischen Teil Kaschmirs,
- eine größtmögliche Kontrolle des militanten islamischen Extremismus,
- die Unterstützung von Friedensbemühungen in und um Jammu und Kaschmir,
- die Entwicklung der ökonomischen und strategischen Beziehungen mit Indien.

---

<sup>1</sup> Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.

<sup>2</sup> Heinrich Kreft, „Vom Kalten zum ‚Grauen Krieg‘ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25/2002, S.14-22.

Während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte war die US-amerikanische Süd-asienpolitik bemüht, die richtige Balance zwischen diesen Interessen zu finden, allerdings mit einer stärkeren Parteinahme zugunsten Delhis gegen Ende der zweiten Clinton-Administration. Doch gleichzeitig unternahm Washington auch den Versuch, die Beziehungen zu Islamabad wieder aufzunehmen, insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.<sup>3</sup>

## **1 USA-Pakistan: Wiederbelebung einer alten Partnerschaft**

### **1.1 Partner im Kalten Krieg**

Die US-amerikanischen Beziehungen zu Pakistan gehen bis in die Anfangsphase des Kalten Krieges in den 1950er-Jahren zurück. Washingtons Bestreben, dem sowjetischen Expansionismus entgegenzutreten, und Pakistans Wunsch nach Sicherheitsbeistand gegen eine so empfundene Bedrohung durch Indien führte 1954 zu einem US-amerikanisch-pakistanischen Verteidigungsabkommen. Bis Ende 1955 trat Pakistan zwei westlichen Verteidigungsbündnissen bei, der South East Asia Treaty Organisation (SEATO) und der Central Treaty Organization (CENTO). Als Ergebnis dieser Allianzen und eines 1959 unterzeichneten Kooperationsabkommens zwischen Washington und Islamabad erhielt Pakistan zwischen 1955 und 1965 US-Militärhilfe in Höhe von 700 Mio. US\$ und zwischen 1951 und 1982 Wirtschaftshilfe in einer Größenordnung von über 5 Mrd. US\$.

Gleichwohl haben unterschiedliche Erwartungen wiederholt zu Spannungen zwischen Islamabad und Washington geführt. Während der Indisch-Pakistanischen Kriege 1965 und 1971 haben die USA ihre Militärhilfe eingestellt. Mitte der 1970er-Jahre kam es erneut zu einer Verschlechterung der Beziehungen, als Pakistan offensichtlich Anstrengungen unternahm, mit einem eigenen Atomprogramm auf Indiens Atomtest von 1974 zu reagieren. Die Militärhilfe wurde zwar bereits 1975 wieder aufgenommen, doch im April 1979 von der Carter-Regierung erneut abgebrochen, als bekannt wurde, dass Pakistan mit dem Bau einer Urananreicherungsanlage begonnen hatte.

Infolge der sowjetischen Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 wurde Pakistan über Nacht erneut zu einem Frontstaat gegen die sowjetische Expansion. Im September 1981 unterzeichnete die Reagan-Regierung ein Wirtschafts- und Militärhilfepaket in einer Größenordnung von 3,2 Mrd. US\$ und einer Laufzeit von fünf Jahren. Pakistan wurde Anfang der 1980er-Jahre zum Haupttransitland für den Waffennachschub für den afghanischen Widerstand und beherbergte viele Jahre lang über drei Millionen afghanische Flüchtlinge. Trotz der Wiederaufnahme der Hilfe

---

<sup>3</sup> Stephen P. Cohen, "US-South Asia: Relations under Bush", in: *Oxford Analytica*, <http://www.brookings.org/views/articles/cohens/2001oa.htm>.

und der engen sicherheitspolitischen Kooperation gab es insbesondere im US-Kongress viele kritische Stimmen aufgrund des pakistanischen Nuklearprogramms. Dies führte 1985 zum so genannten „Pressler Amendment“, einem Zusatz (Section 620 E(e)) zum Foreign Assistance Act, mit dem der US-Präsident verpflichtet wurde, dem Kongress gegenüber zu bestätigen, dass Pakistan in dem Jahr, für das er Finanzhilfe beantragte, über keine Nuklearwaffen verfügte. Dieses Amendment selbst war ein Kompromiss zwischen denen, die die Hilfe für Pakistan vollends streichen wollten, und denen, die die Unterstützung Pakistans suchten, um die sowjetische Besetzung Afghanistans zu bekämpfen. 1986 wurde ein weiteres Abkommen mit Islamabad unterzeichnet, das Hilfe in Höhe von vier Mrd. US\$ über einen Zeitraum von sechs Jahren vorsah.

Mit dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan von Mai 1988 an, geriet Pakistans Nuklearprogramm stärker ins Blickfeld Washingtons, und Präsident Bush setzte im Oktober 1990 die Pakistanhilfe aus. Lediglich die Hilfe zur Drogenbekämpfung in Höhe von 3-5 Mio. US\$ jährlich wurde ausgenommen.

1992 lockerte der Kongress seine strikten Vorgaben für die Pakistanhilfe, sodass fortan Lebensmittelhilfe und die Unterstützung von NGO-Projekten möglich wurden.

Die nachhaltigste Konsequenz der Beendigung der Militärhilfe bestand in der Nichtauslieferung von 71 F-16-Kampfflugzeugen, die Pakistan 1989 bestellt hatte.

## **1.2 Pakistan – „country of concern“**

Offiziell ist Pakistan heute ein US-Verbündeter, doch die Beziehungen bleiben schwierig.

Kurz nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington am 11. September 2001 haben die USA und Pakistan intensive Gespräche geführt, um die Sicherheit der pakistanischen Nuklearwaffen und Atomanlagen zu erhöhen. Die Angst, dass Pakistan durch den Afghanistankrieg destabilisiert werden könnte, haben die Sorgen vor einer von Pakistan ausgehenden Nuklearproliferation weiter wachsen lassen. Im Mai 1998 gelang es den USA nicht, Pakistan zur Zurückhaltung zu bewegen, als Indien nach 24 Jahren Abstinenz erneut Atomtests durchführte. Vor Ende des Monats hatte auch Pakistan fünf Nukleartests durchgeführt, was – wie schon die indischen Versuche – weltweit heftige Kritik auslöste. Präsident Clinton sah sich gezwungen, aufgrund des Arms Export Control Act (Section 102, AECA) unmittelbar sämtliche nichthumanitäre Wirtschafts- und Militärhilfe einzustellen. Obwohl der größte Teil der Wirtschafts- und Militärhilfe bereits 1990 eingestellt worden war, waren die Folgen für die fragile pakistanische Wirtschaft bald spürbar.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der Kooperationsbereitschaft Präsident Musharafs waren die USA daran interessiert, ihrerseits die Kooperation mit Pakistan wiederaufzunehmen. Am 22. September hob Präsident Bush mit Zustimmung des Kongresses alle noch in Kraft verbliebenen Sanktionen gegen

Pakistan (wie auch gegen Indien) auf. Am 27. Oktober 2001 unterzeichnete Präsident Bush ein Gesetz, dass ihm die Möglichkeit gibt, die nach dem Militärputsch von 1999 eingestellte Entwicklungshilfe wieder aufzunehmen, falls er der Meinung ist, dass diese Hilfe zur Redemokratisierung Pakistans beiträgt. Nach dem Besuch von Präsident Musharaf in Washington, D.C. im Februar 2002 kündigte Präsident Bush an, für die pakistanische Unterstützung der „Operation Enduring Freedom“ 220 Mio. US\$ bereitzustellen. Darüber hinaus erhält Pakistan seitdem substanzielle Wirtschaftshilfe.

Auch die Anfang der 1990er-Jahre weitgehend abgebrochene Sicherheitskooperation erfährt im Zuge des gemeinsamen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus ihre Restauration. Im Juli 2002 informierte die US-Regierung den Kongress darüber, dass Pakistan Militärgüter im Wert von 230 Mio. US\$ erhalten werde, die ersten nennenswerten Rüstungslieferungen (u.a. sieben gebrauchte C-130E-Transportflugzeuge und sechs Aerostat-Überwachungsradars) nach mehr als einem Jahrzehnt.

## 2 USA-Indien: Begründung einer neuen Partnerschaft

Die größte Demokratie der Welt und die demokratische Führungsmacht des Westens hatten bis weit in die 1980er-Jahre hinein ein sehr schwieriges, von Misstrauen und Vernachlässigung (*neglect*) geprägtes Verhältnis zueinander.<sup>4</sup> Obwohl das Ende des Kalten Krieges auch die US-amerikanisch-indischen Beziehungen von den Zwängen der bipolaren Welt befreit hat, lastete der Schatten der Vergangenheit noch ein ganzes Jahrzehnt lang auf den bilateralen Beziehungen – insbesondere wegen des indisch-pakistanischen Antagonismus. 1998 waren es die indischen Nukleartests, die eine indisch-amerikanische Annäherung verzögerten. Die Besuche von US-Präsident Bill Clinton im März in Indien und der Gegenbesuch des indischen Premierministers Vajpayee in den USA im September 2000 führten zu einer ungeheuren Verbesserung der bilateralen Beziehungen, die schließlich im Herbst 2001 zu einer uneingeschränkten indischen Unterstützung für den US-amerikanischen Krieg gegen den Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September auf New York und Washington führte.

### 2.1 Erste Annäherung und Rückschlag

In der Endphase des Kalten Krieges kam es von Mitte der 1980er-Jahre an zu einer langsamen Annäherung zwischen Indien und den USA. Während der Regierungszeit Rajiv Gandhis (1984-89) erfolgten einige hochrangige Besuche, die die Beziehun-

---

<sup>4</sup> Vgl. Dennis Kux, *Estranged Democracies. India and the United States 1941-1991*, London, New Delhi 1994.

gen deutlich entspannten. So besuchte Rajiv Gandhi 1985 die USA und der damalige US-amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger reiste im Folgejahr nach Indien. Die Einsetzung einer Indo-American Task Force on the Indian Ocean war ein erstes Ergebnis dieser Annäherung, und die USA akzeptierten Indien als Ordnungsmacht in Südasien.<sup>5</sup> Mit der Öffnung der indischen Wirtschaft Anfang der 1990er-Jahre erhielten die bilateralen Beziehungen auch einen zusätzlichen ökonomischen Schub. Beide Seiten unterstrichen fortan die gemeinsamen demokratischen Werte und entdeckten gemeinsame Interessen zum Beispiel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den militanten islamischen Fundamentalismus, vor allem in Afghanistan.<sup>6</sup> Neben dem Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit vereinbarten beide Seiten im April 1991 auch die militärische Kooperation, die u.a. gemeinsame Flottenmanöver im Indischen Ozean vorsah.

Allerdings kam es auf anderen Gebieten, wie insbesondere im Nuklearbereich, zu keiner Annäherung der Positionen. So blieb Indien bei seiner Weigerung, internationalen Abkommen wie dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten, und legte im Herbst 1996 ein Veto gegen das allgemeine Teststoppabkommen ein. Dissens gab es zudem hinsichtlich des indischen Raketenprogramms und des damit verbundenen Technologietransfers. Hinzu kamen US-amerikanische Vorwürfe wegen indischer Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Kaschmir und im Punjab sowie zunehmend Konflikte im Handelsbereich (u.a. Vorwürfe wegen Patentverletzungen im Pharmabereich).

Nach der Shakti 98 Campaign, d.h. der Detonation fünf nuklearer Sprengsätze am 11. und 13. Mai 1998, erklärte sich Indien zum Kernwaffenstaat und zur Weltmacht mit eigenem Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Entscheidung für eine offene Nuklearisierung vor Ablauf der Ratifizierungsfrist des Teststoppabkommens (Comprehensive Test Ban Treaty – CTBT) dürfte bereits Mitte 1995 eingesetzt haben. Der Regierungsantritt der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) unter Premierminister Vajpayee, die seit langem die offene Nuklearisierung gefordert hatte, beschleunigte diesen Prozess.

Diese Entscheidung Indiens, der am 28. Mai die offene Nuklearisierung Pakistans folgte, hat die Sicherheitslage in Südasien grundlegend verändert und die Beziehungen zu vielen Staaten erheblich belastet. In den USA wurden die indischen Tests nach 24 Jahren Moratorium als gravierender Rückschlag für die jahrzehntelangen US-Bemühungen betrachtet, die Proliferation von Nuklearwaffen zu verhindern. Die Clinton-Regierung machte unmittelbar nach den Nukleartests deutlich, dass sie der Aufnahme Indiens als gleichberechtigter Nuklearmacht in den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nicht zustimmen werde. Am 13. Mai 1998 verhängte

---

<sup>5</sup> Christan Wagner, "US-Außenpolitik gegenüber der Indischen Union", in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2000. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Institut für Asienkunde, Hamburg 2000, S.223-241, hier S.228.

<sup>6</sup> Vgl. Selig S. Harrison/Geoffrey Kemp, *India & America. After the Cold War*, Washington 1993.

Präsident Clinton ökonomische (und andere) Sanktionen (gemäß Absatz 102 des Arms Export Control Act – AECA). Die gleichen Strafmaßnahmen wurden am 30. Mai gegen Pakistan verhängt. Die Sanktionen gegen Indien führten u.a. zur Beendigung des US-amerikanischen Wirtschaftshilfeprogramms für Indien in Höhe von 21 Mio. US\$, die Verschiebung von Krediten durch die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) in Höhe von 1,7 Mrd. US\$ und zur Beendigung US-amerikanischer Waffenexporte unter dem Arms Export Control Act.

US-Amerikanische Indienexperten fürchteten vor allem ein nukleares Wettrüsten und in der Folge eine Destabilisierung Südasiens, auch wenn dafür auf pakistanscher Seite die wirtschaftlichen Voraussetzungen weitgehend fehlten.

Die Clinton-Regierung forderte Indien wie Pakistan zu fünf konkreten Schritten auf, um die befürchtete nukleare Destabilisierung und ein atomares Wettrüsten in der Region zu verhindern:

- Verzicht auf weitere Atomtests sowie Unterzeichnung und Ratifizierung des CTBT,
- Einstellung der Produktion spaltbaren Materials und eine kooperative Beteiligung an den Verhandlungen zu FMCT,
- Verzicht auf Test und Stationierung von Nuklearwaffen und Trägerraketen,
- Verzicht auf jeglichen Export sensibler Güter und Technologie an andere Staaten,
- Reduzierung bilateraler Spannungen, auch in Jammu und Kaschmir.

## 2.2 Kaschmir – das Elsass-Lothringen Südasiens?

Der Streit um Jammu und Kaschmir steht seit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans im Zentrum der politischen Spannungen in Südasien und hat bereits zu mehreren Kriegen geführt. Die Gefahr ist real, dass dieser Streit auch zum ersten nuklearen Schlagabtausch führen könnte.

Seit Beginn der 1990er-Jahre, als die Spannungen in und um Kaschmir zunehmend virulenter wurden, haben die USA sowohl Indien als auch Pakistan wiederholt zu vertrauensbildenden Maßnahmen aufgefordert mit dem Ziel, die Spannungen zu reduzieren. Die Erfolge in diesem Bereich umfassen:

- die vorherige Ankündigung militärischer Bewegungen,
- die Einrichtung einer Hotline zwischen den Militärkommandanten auf beiden Seiten,
- den Austausch einer Liste nuklearer Einrichtungen sowie
- ein Übereinkommen, diese Einrichtungen nicht anzugreifen,
- ein gemeinsamer Verzicht auf die Herstellung und den Einsatz chemischer Waffen
- sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Luftraumverletzungen.



Im Februar 1999 unternahm Premierminister Vajpayee seine historische Busreise nach Lahore zum Gipfeltreffen mit dem damaligen pakistanischen Premierminister Nawaz Sharif. Die beiden Staatsmänner unterzeichneten dabei die so genannte Erklärung von Lahore, in der sie sich verpflichteten, alles zu unternehmen, um die Spannungen zwischen den beiden Ländern (einschließlich Jammu und Kaschmir) zu verringern. Allerdings erhielten diese Entspannungsbemühungen schon bald einen erheblichen Rückschlag durch den so genannten Kargil-Krieg von Mai bis Juli 1999, als beide Seiten an den Rand eines vierten Krieges gerieten. In den heftigsten Kämpfen seit 1971 unternahm die indische Armee den blutigen, aber letztendlich erfolgreichen Versuch, etwa 700 aus Pakistan eingedrungene Guerillas zu vertreiben, die sich in den Bergen in der Nähe Kargils verschanzt hatten, von denen aus sie die wichtigste Versorgungsstraße auf der indischen Seite der Line of Control (LoC) gefährdeten. Ein Treffen am 4. Juli 1999 zwischen Präsident Clinton und Premierminister Sharif in Washington führte zum vollständigen Abzug der Eindringlinge. Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan blieben allerdings in der Folgezeit des Kargil-Konflikts, der über 1.100 Opfer gefordert hatte, erheblich. Während des Jahres 2000 kam es wiederholt zu Artillerieduellen und Schusswechseln entlang der Line of Control in Kaschmir. New Delhi bezichtigte Islamabad, ständig militante Islamisten in den von Indien regierten Teil Kaschmirs zu schicken, die dort wiederholt isolierte Militär- und Polizeiposten, aber auch Zivilisten angriffen. Pakistan seinerseits klagte Indien wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir an. Nach indischen Angaben sind allein 1999/2000 5.000 Menschen den Unruhen in Jammu und Kaschmir zum Opfer gefallen. Die Vereinigten Staaten haben Indien und Pakistan immer wieder aufgefordert, das Klima für eine Beilegung des Konflikts zu schaffen, die Line of Control zu respektieren, Gewaltanwendung zu verurteilen und zum Friedensprozess von Lahore zurückzukehren. Im November 2000 kündigte Indien einen unilateralen Stopp seiner Militäroperationen in Kaschmir während des Ramadan an. Im Dezember kündigte Pakistan an, dass seine Truppen entlang der LoC ein Höchstmaß an Zurückhaltung üben würden, und Islamabad zog einige Verbände von der LoC zurück. In der Tat ging die Zahl der Zwischenfälle, einschließlich der Infiltration extremistischer Kommandos in den indischen Teil Kaschmirs, deutlich zurück. Im Februar verlängerte Premierminister Vajpayee den Waffenstillstand bis Ende Mai 2001. Allerdings lehnte Kaschmirs größte militante Gruppierung den Waffenstillstand ab und setzte ihre Angriffe gegen indische Soldaten und Regierungseinrichtungen fort.

Im Mai 2001 kündigte Indien zwar an, den unilateralen Waffenstillstand nicht weiter zu verlängern, gleichzeitig lud Premierminister Vajpayee seinen neuen pakistanischen Amtskollegen General Musharaf zu Gesprächen nach Indien ein. Allerdings führte der Gipfel von Agra nicht einmal zu einem gemeinsamen Kommuniqué, was dem Druck der Falken auf beiden Seiten zugeschrieben wurde. Seitdem haben die Unruhen in Jammu und Kaschmir wieder zugenommen, denen nach indischen Angaben 2001 mehr als 2.000 Menschen zum Opfer gefallen waren.



Am 16. und 17. Oktober 2001 besuchte Außenminister Colin Powell Pakistan und Indien. Teil seiner Mission war es u.a., die erneut gefährlich eskalierenden Spannungen in und um Kaschmir zu verringern. Indien hatte mit heftigem Artilleriebeschuss des von Pakistan kontrollierten Teil Kaschmirs auf einen Terroranschlag vom 1. Oktober reagiert, der der von Pakistan aus operierenden Jaish-e-Muhammad zugeschrieben wurde und dem 38 Menschen zum Opfer gefallen waren. Am 29. Oktober bezichtigte der Chef der VN-Militärbeobachter (UN Military Observers Group in India and Pakistan – UNMOGIP) beide Seiten, in Bezug auf Kaschmir politische Spielchen zu spielen. In der ersten öffentlichen Verlautbarung in 50 Jahren erklärte Generalmajor Hermann K. Loidolt: „My assessment is that the situation will become more tense in the time coming, not along the LOC but also in the whole of Jammu and Kashmir state.“

Am 13. Dezember 2001 griffen militante Islamisten das indische Parlament in Delhi an. Dieses Ereignis führte schließlich zur seit dem dritten Indo-Pakistanischen Krieg von 1971 größten Mobilisierung pakistanischer und indischer Streitkräfte nicht nur in Kaschmir, sondern entlang der ganzen gemeinsamen Grenze.

### 2.3 Der historische Besuch Präsident Clintons in Indien

Nach den indischen Atomtests gab es eine nie da gewesene Dichte politischer Gespräche zwischen Washington und Delhi. In diesen versuchte die Clinton-Regierung, Indien – erfolglos – zu einer Unterzeichnung des NVV bzw. des CTBT zu bewegen. Als Gegenleistung sollten die US-Sanktionen wieder aufgehoben und in für New Delhi attraktiven Bereichen die Kooperation aufgenommen bzw. ausgeweitet werden. Im September 1998 bezeichnete Premierminister Vajpayee Indien und die USA als *natural allies* und forderte eine stärkere Berücksichtigung indischer Interessen u.a. in den Bereichen Sicherheit und Technologietransfer und erhob den Anspruch Delhis auf einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat.<sup>7</sup>

Mit seinem Besuch in Indien vom 19. bis 26. März 2000 unternahm Präsident Clinton den (ursprünglich schon für 1998 geplanten und durch die Atomtests verzögerten) Versuch, die US-amerikanisch-indischen Beziehungen auf eine breitere Grundlage zu stellen. In einem gemeinsamen Vision Statement vereinbarte er mit Premierminister Vajpayee einen bilateralen Dialog auf hoher Ebene und in Form verschiedener Arbeitsgruppen sowie regelmäßige Gipfeltreffen. Während des Besuchs konnten US-amerikanische Firmen Projekte mit indischen Partnern in einer Größenordnung von fast vier Mrd. US\$ abschließen. Während seines zehntägigen Gegenbesuchs in den USA im September 2000 kam Premierminister Vajpayee die seltene Ehre zu, eine Rede vor dem US-Kongress zu halten.

---

<sup>7</sup> Wagner, a.a.O., S.229.

## 2.4 Die Fortsetzung des Annäherungsprozesses unter Präsident George W. Bush

Mit der Amtsübernahme von George W. Bush im Januar 2001 verbesserten sich die Aussichten auf eine Konsolidierung und Beschleunigung der Annäherung weiter. Die neue Bush-Regierung brachte erhebliche Bedenken gegen die verbliebenen Sanktionen gegen Indien mit ins Amt sowie die erklärte Absicht, die US-amerikanischen Beziehungen mit alliierten und befreundeten Staaten auszubauen. Hinzu kam ein erhebliches Misstrauen gegenüber China und seinem ökonomischen und politischen Aufstieg sowie eine tiefe Skepsis gegenüber verschiedenen Elementen des nuklearen Nichtverbreitungsregimes wie dem Atomteststoppabkommen. Würde all dies politisch umgesetzt, stünden die US-amerikanisch-indischen Beziehungen vor einer goldenen Ära.

Und in der Tat, es kam 2001 zu einer weiteren deutlichen Verbesserung der Beziehungen. Der Nukleardialog blieb zwar auf der Agenda, wurde aber in einer sachlichen *low-key*-Form fortgesetzt. Das Sanktionsregime kam (zumindest weit gehend) zu einem zügigen Ende, und die Verteidigungskooperation wurde wieder aufgenommen. Allerdings führten die Terroranschläge vom 11. September und die darauf folgende Erneuerung der engen US-amerikanisch-pakistanischen Beziehungen sowie die zunehmenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan Ende 2001 zu einer erneuten Belastung der Beziehungen.

### 2.4.1 Ein neuer Nukleardialog zwischen Washington und Delhi

Der Dissens im Nuklearbereich, der die US-amerikanisch-indischen Beziehungen über Jahre bestimmt hatte, erhielt mit Amtsantritt der Bush-Regierung einen deutlich niedrigeren Stellenwert. Die Aufforderung an New Delhi zu deutlichen Schritten, wie z.B. der Zeichnung des Atomteststoppabkommens, wurde ersetzt durch die Diskussion von Präsident Bushs Vorschlag eines „new strategic framework“, in dem für die neue US-amerikanische Regierung der Raketenabwehr eine wichtige Rolle zukommt.

Indiens Reaktion auf die Rede Bushs vom 1. Mai 2001 zur Raketenabwehr fiel ausgesprochen positiv aus. Dies war umso erstaunlicher, als sich Indien bisher immer gegen die damit verbundene unilaterale Aufkündigung des ABM-Vertrages durch Washington ausgesprochen hatte. In Washington wurde die indische Position,

[...] that there is a strategic and technological inevitability in stepping away from a world that is held hostage by the doctrine of mutually assured destruction (MAD) to a cooperative, defensive transition that is underpinned by further cuts and a de-alert of nuclear forces [...],

freudig aufgenommen. New Delhi wurde daraufhin in den Kreis der „friends and allies“ aufgenommen, denen die Bush-Regierung die Raketenabwehrpläne eigens erläuterte. Zu diesem Zweck reiste im Sommer 2001 Vizeaußenminister Richard

Armitage nach Indien. Als Präsident Bush im Dezember den ABM-Vertrag kündigte, gab es von der indischen Regierung nicht ein Wort der Kritik.

Wie stark sich der Charakter des Nukleardialogs zwischen den USA und Indien seit dem Amtsantritt der Bush-Regierung verändert hat, geht auch aus der ersten wichtigeren Rede des neuen US-Botschafters in New Delhi, Robert Blackwill, hervor, der (Anfang September) Atomwaffen eher beiläufig erwähnte und erklärte,

the US has an equal interest in the shape and substance of India's nuclear policy. This mutual preoccupation by our two countries seems entirely natural since each capital wants to be sure that the other takes no steps in the nuclear arena that could destabilize the strategic and regional stability.<sup>8</sup>

Der Besitz von Nuklearwaffen wurde von Blackwill nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern es wurde Delhi sogar das Recht auf das gleiche Interesse („equal interest“) an der US-amerikanischen Nuklearpolitik zugestanden. Auch der Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Streitkräfte im Pazifik, Admiral Dennis Blair, unterstrich diesen politischen Wandel der US-amerikanischen Indienpolitik hin zur De-facto-Anerkennung Indiens als Nuklearmacht. Bei einem Besuch in Indien erklärte er:

[The U.S. has] some pretty strong views on the steps that India can take now that India has developed nuclear weapons in terms of nonproliferation and safety of weapons and nuclear doctrine and so on. [...] The U.S. can work with India to keep those terrible weapons in as safe a condition as they can. [...] I think the goals have remained the same for a high nuclear threshold and no counter proliferation, and responsible attitudes toward the weapons themselves [...] But I think you'll see those goals reached by more cooperation with India rather than less.<sup>9</sup>

Eine erstaunliche Abkehr von der heftigen US-Kritik in den Monaten nach den Atomtests.

#### 2.4.2 Das Ende des Sanktionsregimes

Die nach den Atomversuchen 1998 verhängten Sanktionen wurden von Delhi nach Amtsantritt der neuen Bush-Regierung ganz oben auf die bilaterale Agenda gesetzt. Während seines Besuchs Ende April 2001 in Washington, D.C., bezeichnete Indiens Außenminister Jaswant Singh sie als „counterproductive both economically and otherwise“. Das neue Bush-Team sprach sich für die Aufhebung der Sanktionen aus, so z.B. die designierte Assistant Secretary of State for South Asia, Christina Rocca, in ihrer Anhörung vor dem Senat. Hierüber kam es bis zum Sommer zu einem Tauziehen zwischen der neuen Regierung und dem Kongress, d.h. in erster Linie dem

<sup>8</sup> Robert Blackwill, „The Future of US-India Relations. Remarks to the Indo-American Chamber of Commerce and Indo-American Society, Mumbai, India, September 6, 2001“, US Department of State, <http://www.state.gov>.

<sup>9</sup> Admiral Dennis C. Blair, Commander in Chief, US Pacific Command, „Media Roundtable, July 10, 2001“, United States Pacific Command Transcript, USIS.

Senat, das sicherlich noch länger angedauert hätte, wenn die Terroranschläge vom 11. September nicht zu einer radikalen Veränderung der außenpolitischen Agenda der Vereinigten Staaten geführt hätten.

### **2.4.3 Der Beginn einer sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Washington und Dehli**

Während die Anfänge der Militärbeziehungen zwischen den USA und Pakistan bereits in die 1950er-Jahre zurückgehen, ist die Verteidigungskooperation Washingtons mit Delhi ein Produkt des vergangenen Jahrzehnts. 1995 wurden gemeinsame Arbeitsgruppen (Joint Indo-U.S. Steering Committees) eingerichtet, um die Beziehungen zwischen den Streitkräften einschließlich Besuchsaustausch, technischer Kooperation und gemeinsamer Manöver zu entwickeln und zu koordinieren.<sup>10</sup> Die Arbeit dieser Komitees wurde 1998 nach dem indischen Nukleartest wieder eingestellt. Im April 2000 erklärte der Undersecretary of State Thomas Pickering: „we also cannot and will not be able to concentrate on military issues until there is substantial progress on nonproliferation“.<sup>11</sup>

Dagegen machte die neue Bush-Regierung von Anfang an klar, dass für sie die US-amerikanisch-indischen Beziehungen auch eine wichtige verteidigungspolitische Komponente haben müsste: „an expanding, intensified, focused, and mutually beneficial military relationship“.

Zu diesem Zweck gab es 2001 eine ganze Reihe von Besuchen hochrangiger Vertreter des Verteidigungsestablishments beider Seiten. Der wichtigste war der Besuch des Chairman of the Joint Chiefs of Staff (JCS), General Henry Shelton, Mitte Juli in Indien. General Shelton war der ranghöchste militärische Besucher seit den Atomtests und der erste Vorsitzende des JCS, der Indien überhaupt besucht hat. Von besonderer Bedeutung war seine Ankündigung, die Treffen der Defense Policy Group (DPG), der Schlüsselinstitution für die gemeinsame Verteidigungszusammenarbeit, wieder aufzunehmen. Die DPG traf sich erstmals nach fünf Jahren wieder vom 3. bis 4. Dezember in New Delhi und kündigte eine Reihe gemeinsamer Projekte an, u.a. Training für humanitäre Lufttransporte, Training von Spezialeinheiten sowie Manöver der US-Marines mit entsprechenden indischen Einheiten. Im Laufe des Jahres 2002 haben die USA und Indien verschiedene gemeinsame Manöver durchgeführt. Für 2003 sind u.a. gemeinsame Luftwaffenübungen vorgesehen. Auch die suspendierte Lieferung von Rüstungsgütern kehrte auf die Agenda zurück. Im Februar 2003 gab die US-Regierung die Lieferung von acht „counter battery radar

---

<sup>10</sup> Daneben gab es zwei weitere Abkommen im Bereich der Sicherheitskooperation: 1997 unterzeichneten Washington und New Delhi ein bilaterales Abkommen über die Auslieferung flüchtiger Krimineller, ein wichtiger Schritt im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Drogenhandel. Im Januar 2000 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus eingerichtet.

<sup>11</sup> Thomas Pickering, State Department.

sets“ im Wert von über 100 Mio. US\$ bekannt. Auf der indischen Wunschliste stehen u.a. Motoren und andere Systeme für leichte Kampfflugzeuge und Fluggerät der indischen Marine sowie das Raketenabwehrsystem Patriot. Die USA stehen bei den Indern im Wort, die indische Wunschliste zügig zu bearbeiten. US-Botschafter Blackwill erklärte hierzu im November 2002: „[T]he Pentagon is expeditiously processing the Indian army’s request for significant Special Forces equipment and border sensors“.

Die Verteidigungskooperation wird allerdings kaum zu einer militärischen Allianz führen – eine solche wäre allenfalls in ferner Zukunft denkbar – sollte sie überhaupt von einer der beiden Seiten jemals angestrebt werden. So erklärte der Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs Peter Rodman:

India is not going to become an ally of the United States. I think India values its independence. It values its nonalignment. So I don’t think anybody should expect that India is going to collude with us.<sup>12</sup>

Admiral Blair auf seiner bereits zitierten Reise nach Indien erläuterte, „[that the U.S.] is not looking for a defense treaty. We are looking for cooperation in security matters that serves the interests of both countries.“<sup>13</sup>

Die gemeinsamen indisch-US-amerikanischen Manöver und die US-Waffenlieferungen werden von Pakistan mit zunehmender Sorge verfolgt. In Islamabad befürchtet man eine weitere Stärkung der indisch-US-amerikanischen Beziehungen auf Kosten der eigenen Beziehungen zu Washington und eine weitere Verschlechterung der konventionellen Machtverhältnisse gegenüber Indien.

### **3 Der 11. September und die Folgen für die US-Beziehungen zu Südasien**

Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington hat Premierminister Vajpayee die uneingeschränkte Solidarität Indiens mit den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht und jede Unterstützung einschließlich der Nutzung indischer Militärbasen für die folgende US-amerikanische Militäraktion in Afghanistan angeboten. Beides war in der Form nicht erwartet worden und wurde in Washington sehr positiv registriert.

Doch nicht die indische, sondern die pakistanische Kooperation (neben der Unterstützung zentralasiatischer Staaten) war für die Militäraktion und noch mehr für die Informationsbeschaffung über das Taliban-Regime und Al Qaida unabdingbar. Ein wichtiger Schritt der US-Außenpolitik war denn auch die Wiederbelebung der alten pakistanisch-US-amerikanischen Kooperation. Allerdings hatte die Bush-Regierung schon vor dem 11. September klargemacht, nicht auf eine „India-only“-

---

<sup>12</sup> Peter Rodman, Department of Defense.

<sup>13</sup> Admiral Blair, a.a.O.

Politik zu setzen, sondern auch Pakistan nicht zu ignorieren. Am 10. Juli 2001 erklärte Admiral Blair: „Military relations with India will not take place at the expense of relations with Pakistan. We do not intend to shift from being seen as a friend of Pakistan to being seen as friend of India.“<sup>14</sup> Und später im August erklärte Peter Rodman aus dem Pentagon: „Our relationship with Pakistan is valuable to us. And I don't think this administration is going to lose sight of that.“<sup>15</sup> Natürlich konnte die rasche und tief greifende Wiederbelebung der alten pakistanisch-US-amerikanischen Kooperation nach dem 11. September nicht im Sinne Delhis sein. Die indischen Sorgen wurden noch größer nach einem Anschlag auf das Parlamentsgebäude von Jammu und Kaschmir in Srinagar am 1. Oktober und, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, dem bewaffneten Angriff auf das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Delhi. Indien bezichtigte Pakistan einer Teilverantwortung an diesen Anschlägen und betrachtete die Reaktion Washingtons darauf – zumindest was die Rolle Islambads daran betraf – als unzureichend. Indiens Enttäuschung über diese Entwicklung konnte auch von Präsident Bush nicht ausgeräumt werden: „[India and the US] are increasingly aligned on a range of issues even as the U.S. works closely with Pakistan.“

Es deutet vieles darauf hin, dass der 11. September zu einem Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Außenpolitik geführt hat bzw. führen wird.<sup>16</sup> Präsident Bush hat zurecht davor gewarnt, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus lang, oftmals nicht wahrnehmbar und ohne klares Ende sein werde. Weder die USA, deren militärische Überlegenheit ohne historische Parallele ist, noch die NATO waren (und sind) in der Lage, derartige Angriffe abzuschrecken, weil die Attentäter keine Furcht um ihr Land haben mussten. Ein massiver Vergeltungsschlag ist geradezu Teil ihrer Strategie.

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird unterschiedliche Phasen durchlaufen mit verschiedenen, möglicherweise wechselnden Frontstellungen.

Eine breite internationale Koalition wird dazu nötig sein, um die weit verzweigten terroristischen Netzwerke zerstören zu können. Eine enge Kooperation ist notwendig beim Austausch von Informationen über terroristische Aktivitäten, für eine schärfere Kontrolle von Waffen-, Technologie- und Geldflüssen, für die Isolierung von Staaten, die Terroristen unterstützen oder dulden, sowie für militärische Aktionen. Im Grauen Krieg kommt es aber noch mehr als im Kalten Krieg auf die Stabilisierung der inneren Verhältnisse an, um die Brutstätten des Terrorismus zu isolieren und auszumerzen. Dazu gehören verstärkte Anstrengungen, um weltweit Lösungen für die dortigen Konflikte zu finden.

Die Terroranschläge haben bzw. werden die US-amerikanische Politik dauerhaft verändern, vergleichbar allenfalls mit Pearl Harbour. Falls erwartungsgemäß schnelle Erfolge im Grauen Krieg ausbleiben und es zu weiteren gravierenden Terroran-

---

<sup>14</sup> Blair, a.a.O.

<sup>15</sup> Rodman, a.a.O.

<sup>16</sup> Heinrich Kreft, a.a.O.

schlagen gegen die USA oder ihre Verbündeten kommt, könnte es in der Tat zu einem Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Politik kommen, vergleichbar mit dem Beginn des Kalten Krieges Ende der 1940er-Jahre. Dieser Schwerpunkt auf dem Kampf gegen die Sowjetunion führte zu den Allianzen, die wie die NATO in Europa und die Sicherheitspartnerschaften mit Japan und Südkorea in Asien noch heute Bestand haben. Antikommunistische Regierungen auf allen Kontinenten fanden US-amerikanische Unterstützung unabhängig von ihrer inneren Verfasstheit oder ihrer Achtung der Menschenrechte. Der Kalte Krieg wurde zum übergeordneten organisatorischen Prinzip für die US-amerikanische Politik, das erst nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren ging.

Wie zu Beginn des Kalten Krieges unternahm die Bush-Regierung zunächst den mühevollen, aber erfolgreichen Versuch, eine breite internationale Koalition gegen den Terrorismus zu schmieden. Wie Präsident Truman 1947 zur „Unterstützung von freiheitsliebenden Völkern gegen ihre Unterdrückung durch bewaffnete Minderheiten und gegen äußeren Druck“ aufrief und damit die Containment-Strategie gegen den sowjetischen Kommunismus ankündigte, so forderte Präsident Bush die Welt auf, gemeinsam mit den USA den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, was von einigen schon zur „Bush-Doktrin“ erhoben wurde.<sup>17</sup>

Gerade der Schwerpunkt Terrorismusbekämpfung könnte in den indisch-US-amerikanischen Beziehungen zu weitreichenden Komplikationen führen. Obwohl Washington und New Delhi i.J. 2000 eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus gebildet haben, ist die Zusammenarbeit in diesem Bereich voller Fallstricke, die dazu führen könnten, dass Washington stärker als jemals zuvor in den indisch-pakistanischen Konflikt hineingezogen werden könnte. Indien war bereits vor dem 11. September zunehmend verärgert über die Weigerung Washingtons, Pakistan zu einem Land zu erklären, dass Terroristen unterstützt. Verschiedene militante Organisationen wie die Lashkar-e-Taiba (LET, Armee der Frommen) und die Jaish-e-Muhammad (JEM, Soldaten Mohammeds) operieren von Pakistan aus in Kaschmir. Im Januar 2000 erklärte der indische Verteidigungsminister George Fernandez im Rückblick auf Präsident Clintons Entscheidung vom August 1998, Cruise Missiles auf Afghanistan abzufeuern:

[...] when it comes to bin Laden, the United States fires not one but scores of missiles with high-precision technology. What the United States and the world need to realize is that terrorism understands no country borders. To overlook what is happening across the borders in India at the hands of Pakistan is not addressing the question.<sup>18</sup>

Nach dem 11. September haben die USA eine vorläufige Liste mit 27 Organisationen (und Individuen) aufgestellt, die des Terrorismus bezichtigt werden, eine davon operiert in Kaschmir. Während dies in Delhi positiv vermerkt wurde, gab es in In-

<sup>17</sup> Vgl. Heinrich Kreft, „Vom Kalten zum ‚Grauen Krieg‘“, in: *Internationale Politik*, Nr.12, Dezember 2001, S.43-46.

<sup>18</sup> George Fernandez, in: [http://www.indianembassy.org/special/2001/world\\_center.htm](http://www.indianembassy.org/special/2001/world_center.htm).



dien erhebliche Irritationen, als Washington nach dem Angriff auf das Unionsparlament Indien zur Zurückhaltung aufforderte und Pakistan in seiner Forderung unterstützte, Islamabad Beweise einer Verwicklung Pakistans in den blutigen Anschlag vorzulegen. Indien wirft Washington vor, unterschiedliche Maßstäbe bei der Einstufung von Terroristen anzulegen („double standards“). Für Delhi steht es außer Frage, dass Pakistan zumindest in der Vergangenheit in erheblichem Umfang in Kaschmir operierende Terrorgruppen unterstützt hat. Entsprechend groß war die Verärgerung in Delhi, als die Bush-Regierung die LET und JEM zwar auf die Terrorliste (des Office of Foreign Assets Control) setzte,<sup>19</sup> sie aber als „staatenlose“ (!) Terrororganisationen bezeichnete.

Die indische Regierung zeigte sich auch ablehnend gegenüber Überlegungen in Washington, einen Sonderbeauftragten für die Region zu ernennen, mit den Worten von Außenminister Singh: „The United States of America has missions in New Delhi and Islamabad. Unless the missions are not up to the task, I don't see the need for a special envoy.“<sup>20</sup>

#### **4 Indien und Pakistan erneut am Rande ihres vierten Krieges**

Zum Ende des Jahres 2001 standen Indien und Pakistan einmal mehr am Rande eines Krieges – diesmal mit der Gefahr einer nuklearen Eskalation. Einmal mehr stand der indisch-pakistanische Disput über Kaschmir im Mittelpunkt des Konflikts. Im Dezember stellte dies die USA vor eine zusätzliche Herausforderung bei der komplizierten und zuweilen heiklen diplomatischen Aufgabe, die nach dem 11. September gebildete internationale Koalition gegen den Terrorismus zusammenzuhalten.

Nach dem Angriff auf das indische Parlament vom 1. Dezember 2001 erklärte Premierminister Vajpayee: „We do not want war, but war is being thrust on us, and we will have to face it.“ Pakistan reagierte darauf mit Vorwürfen der Kriegstreiberei und in den darauffolgenden Wochen kam es zu einer Mobilisierung entlang der gemeinsamen Grenze sowie zu gegenseitigen Drohungen und Sanktionen.

Dank erheblicher US-amerikanischer Anstrengungen vor allem von Außenminister Powell, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Präsident Bush konnte eine weitere Eskalation vermieden werden. Anfang Januar kam es in Nepal zwar nicht zu dem erhofften Gespräch zwischen Premierminister Vajpayee und Präsident Musharraf während eines Treffens der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC), doch sie reichten sich zumindest die Hand.

---

<sup>19</sup> Damit ist es untersagt, diese Gruppen materiell zu unterstützen. Finanzinstitute in den USA müssen die Guthaben dieser Organisationen in den USA einfrieren. Vertreter dieser Gruppen kann die Einreise in die USA verweigert werden.

<sup>20</sup> Jaswant Singh, in: [http://www.indianembassy.org/special/2001/world\\_center.htm](http://www.indianembassy.org/special/2001/world_center.htm).

## 5 Vermittlung zwischen Indien und Pakistan

Die USA haben ein großes unmittelbares Interesse daran, dass der indisch-pakistanische Konflikt unter Kontrolle bleibt und es langfristig zu einem Ausgleich zwischen den verfeindeten Brüdern kommt.

Im Oktober 2001 besuchte US-Außenminister Colin Powell Indien und Pakistan, auch um die Spannungen um Kaschmir zu verringern. Doch ein Terroranschlag auf das Parlament von Jammu und Kaschmir im selben Monat und vor allem der folgende Anschlag auf das indische Parlament im Dezember führten zu einer Eskalation der Spannungen, da beide Anschläge einer von Pakistan operierenden militanten Gruppe zugeschrieben wurden. Die indische Regierung reagierte durch die Mobilisierung von Hunderttausenden von Soldaten entlang der pakistanisch-indischen Grenze und drohte offen mit Krieg, falls Islamabad den grenzüberschreitenden Terrorismus nicht unterbände. Unter erheblichem internationalen, nicht zuletzt US-amerikanischen Druck und unter dem Eindruck massiver indischer Drohungen kündigte der pakistanische Präsident Musharaf im Januar 2002 an, die Anwesenheit terroristischer Gruppen in Pakistan zu unterbinden. Über 1.000 radikale islamische Fundamentalisten wurden ins Gefängnis geworfen (von denen die meisten inzwischen wieder auf freiem Fuß sind). Doch trotz der pakistanischen Zusage hielten die Infiltrationen terroristischer Gruppen in den indischen Teil Kaschmirs weiter an, und im Mai 2002 forderte ein Terroranschlag auf eine indische Militärstation bei Kaluchak 34 Todesopfer, zumeist Frauen und Kinder. Dieser Zwischenfall brachte Indien und Pakistan erneut an den Rand eines Krieges und führte dazu, dass Pakistan Truppen, die entlang der Grenze zu Afghanistan im Einsatz gegen Al Qaida und die Taliban waren, an die Grenze zu Indien verlegte.

Ende Mai testete Pakistan drei ballistische Raketen wohl auch mit der Absicht, Delhi zu signalisieren, dass es bereit sei, in einem Konfliktfall Nuklearwaffen einzusetzen.

Dank erheblicher diplomatischer Bemühungen gelang es im Sommer 2002, einen Kriegeausbruch zu verhindern. Eine ganze Reihe hochrangiger US-amerikanischer Diplomaten waren an diesen Bemühungen beteiligt.

Anfang 2003 sind beide Seiten offensichtlich damit beschäftigt, ihre Truppen an ihre Friedensstandorte zurückzuverlegen. Ende 2002 war es zu einem Rückgang des grenzübergreifenden Terrorismus in den indischen Teil Kaschmirs hinein gekommen. Die USA drängen beide Seiten, den im Sommer 2001 abgebrochenen Dialog wieder aufzunehmen.

## **6 US-amerikanischer Pragmatismus: „India first“ – bei gleichzeitigem Festhalten an Pakistan**

Ohne jeden Zweifel haben sich die indisch-amerikanischen Beziehungen seit Mitte der 1980er-Jahre erheblich verbessert. Allerdings war dieser Annäherungsprozess kein linearer Vorgang, sondern eher einer Achterbahnfahrt vergleichbar mit Höhen und Tiefen. Dem Honeymoon in der Folge des Amtsantritts von George W. Bush und seiner republikanischen Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 2001 folgte im Herbst die Ernüchterung. Die neuen Prioritäten der US-amerikanischen Außenpolitik nach den Terroranschlägen vom 11. September führten zu erheblichen Verstimmungen in Delhi, insbesondere die Wiederbelebung der engen Zusammenarbeit mit Pakistan, das von Indien des Terrorismus bezichtigt wird. Die USA brauchen die Kooperation beider Länder beim Kampf gegen den Terrorismus, der selbst in Afghanistan noch lange nicht gewonnen ist, daher die massive Intervention Washingtons, als nach mehreren Terroranschlägen in Indien ein vierter indisch-pakistanischer Krieg drohte. Eine teilweise oder gar vollständige Sperrung des Luftraumes insbesondere über Pakistan hätte die US-Operationen in Afghanistan erheblich erschwert. Angesichts der Komplexität und der Virulenz des Grundkonflikts über die Zugehörigkeit von Jammu und Kaschmir, gibt es weder zur Zeit noch voraussichtlich in der näheren Zukunft eine ernsthafte US-Initiative zur Beilegung dieses Konflikts. „Dabei könne man sich nur die Finger verbrennen“, ist von Experten innerhalb und außerhalb der Regierung zu hören.<sup>21</sup>

Eine Reihe von Mitgliedern der neuen Regierung Bush betrachten Indien als potenziellen Partner zur Erhaltung der Stabilität in Südasien und im Bereich des Indischen Ozeans, insbesondere im Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus, aber auch als potenzielles Gegengewicht zu einem aufsteigenden China. Das Pentagon hatte sich bereits seit längerem für eine engere militärische Zusammenarbeit ausgesprochen. Nach dem Wegfall fast aller Sanktionen Ende 2001 ist dieser Weg bereits beschritten worden.

Daneben werden die Wirtschaftsbeziehungen immer wichtiger für das bilaterale Verhältnis. Der Handel und die US-Direktinvestitionen in Indien wachsen insbesondere im Technologiesektor.<sup>22</sup>

---

<sup>21</sup> So z.B. Stephen Cohen von der Brookings Institution, vormalig im Planungsstab des State Department, gegenüber dem Verfasser.

<sup>22</sup> Allerdings noch nicht vergleichbar mit der Zunahme der Wirtschaftsbeziehungen der USA mit China.

**Tabelle 1: US-Programme für Indien (in Mio. US\$)**

	<b>Haushaltsjahr 2001</b>	<b>Haushaltsjahr 2002</b>	<b>Haushaltsjahr 2003</b>
Development Assistance	53,398	70,878	75,185
Economic Support Fund	4,989	7,000	25,000
International Military Education and Training	0,498	1,000	1,000
Foreign Military Financing	-	-	50,000

Quelle: Congressional Research Service.

**Tabelle 2: US-Programme für Pakistan (in Mio. US\$)**

	<b>Haushaltsjahr 2001</b>	<b>Haushaltsjahr 2002</b>	<b>Haushaltsjahr 2003</b>
Development Assistance	-	15,000	50,000
Economic Support Fund	-	9,500	200,000
International Military Education and Training	-	1,000	1,000
Foreign Military Financing	-	-	50,000
International Narcotics Control	3,500	2,500	4,000

Quelle: Congressional Research Service.

Der 11. September und vor allem der Krieg in Afghanistan haben zwar zu einem dramatischen „turnaround“ in den US-amerikanisch-pakistanischen Beziehungen geführt, doch „Pakistan combines the two major security threats to the United States: weapons of mass destruction and perceived links with terrorism“.<sup>23</sup>

Ein neuer Faktor in den Beziehungen Washingtons zu Südasien ist der rasch wachsende Einfluss der US-Amerikaner indischer, pakistanischer und auch kaschmischer Herkunft. Insbesondere die Gruppe der Indoamerikaner hat während der beiden letzten Präsidentschaftswahlkämpfe erheblich zu den Wahlkampfbudgets sowohl der Demokraten als auch der Republikaner beigetragen. Die Zahl der Abgeordneten, die sich in einer Interessensgruppe Indien zusammengefunden haben, umfasst inzwischen mehr als 120 Mitglieder und ist eine der größten Interessengruppen des Repräsentantenhauses. Mitglieder dieser Gruppe haben jahrelang Lobbyarbeit für verbesserte Beziehungen zu Indien betrieben und i.J. 2000 Präsident

<sup>23</sup> Stephen P. Cohen, „US-South Asia: Relations Under Bush“, a.a.O., S.2.

Clinton zu seiner Indienreise gedrängt. Der Einfluss dieser Gruppe auf die US-amerikanische Südasienpolitik dürfte eher noch weiter zunehmen.

Südasien steht auch nach der weitgehenden Beendigung der US-amerikanischen Militäraktionen in Afghanistan weit vorn auf der außen- und sicherheitspolitischen Agenda Washingtons. Die Lage in Afghanistan wird auf absehbare Zeit labil bleiben.

Die Annäherung an Indien dürfte sich weiter vertiefen. Laut US-Botschafter Blackwill in einer Rede vom 21. Januar 2003 ist die Regierung Bush „determined to move the US-Indian relationship to new heights“, da beide Länder wichtige gemeinsame Interessen haben, wie die Förderung von Frieden und Freiheit in Asien, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Die dargelegten größeren Divergenzen zwischen Washington und Delhi über Pakistan, Kaschmir und die Bekämpfung des Terrorismus werden allerdings sobald nicht auszuräumen sein. Es kann aber mit einiger Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die USA auch in Zukunft an der von der Clinton-Regierung initiierten Strategie „India first“ festhalten werden, ohne aber auf eine Politik „India only“ einzuschwenken. Die Vereinigten Staaten werden auch in Zukunft an Islamabad festhalten – festhalten müssen (!), denn ein Zusammenbruch Pakistans hätte unkalkulierbare Risiken nicht zuletzt für die Sicherheit der USA selbst.

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung: Christine Berg

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-295-6  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2003

CIP-Titelaufnahme:

<b>Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft</b> / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2003. – 482 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-295-6
--



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).